

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 29.06.2016

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Krumhöfner

Herr Langeworth

Herr Rüsing

SPD

Frau Dr. Esdar

Herr Stute

Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Henneke

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Herr Schwarzer

Beratende Mitglieder

Frau Detering

Frau Eberlein

Herr Epp

Frau Häckel

Frau Obasohan

Frau Rammert

Frau Scigala

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams

Herr Onckels

Frau Puffer

Herr Schütz

Frau Voigt

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger

Herr Müller

Frau Grewe

Frau Klapper

Dezernat 5

Amt für Schule

Kommunales Integrationszentrum

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

(Schriftführerin)

Gast
Frau Hilse

REGE mbH

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Herrn Marc Traphöner als neues Mitglied in das Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Der Verpflichtete bekundet sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.05.2016

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Sachstand Bundesprogramm KitaPlus

Ergänzend zu der schriftlich vorliegenden Mitteilung bestätigt Herr Nürnberger, dass die Antragstellung nunmehr erfolgt sei.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Schließung der Intensivhorte (Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 22.06.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3408/2014-2020

Zur Beantwortung der Anfrage wird auf die Tischvorlage – Anlage zu TOP 3.1 – verwiesen.

Herr Nürnberger weist darauf hin, dass nach den Sommerferien das weitere Vorgehen mit den Eltern, Kitas, OGS und auch Elternräten abgestimmt werde. Auf die Nachfrage von Herrn Schwarzer, wann konkret mit Rückmeldungen gerechnet werden könne, erläutert Herr Epp, dass auch jetzt schon die Entwicklung der Kinder einzelfallbezogen unter Beteiligung der Eltern beobachtet werde. Das Amt für Schule ist über die kommenden Bedarfe informiert, so dass nach den Ferien konkrete Schritte abgestimmt werden können.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Die Tagesordnungspunkte 6, 6.1 und 6.2 werden in der Beratungsreihenfolge vorgezogen.

Zu Punkt 6 Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert – Umgang mit der Flüchtlingszuwanderung“

Zu Punkt 6.1 Beschlussvorlage vom 31.05.2016

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 3302/2014-2020

Zu Punkt 6.2 1. Nachtragsvorlage vom 16.06.2016

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 3302/2014-2020/1

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass die Vorlage aufgrund des Beschlusses des SGA durch die Nachtragsvorlage ergänzt wurde.

Herr Nürnberger stellt die Vorlage anhand der vorliegenden Power Point Präsentation vor.

Ergänzend kündigt er an, eine Übersicht über die Projekte, die über das Vergabegremium gefördert werden, zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Diese ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Abschließend fasst er zusammen, dass in den letzten 1 ½ Jahren viel geschafft wurde, es aber trotzdem noch viele Baustellen gebe. Allen Beteiligten, die an diesem Thema mitgearbeitet haben bzw. mitarbeiten, spricht er seinen ausdrücklichen Dank aus.

Frau Weißenfeld bedankt sich für den Vortrag.

In den weiteren Wortbeiträgen werden einzelne Punkte des Vortrags aufgegriffen, durch eigene Erfahrungen veranschaulicht und bewertet. Unter anderem wird angeregt, sich stärker der Trauma-Bewältigung zu widmen. Herr Nürnberger erläutert, dass es bereits einzelne Angebote gebe, die die Trauma-Erfahrungen konzeptionell mit einbezögen und die Verwaltung dieses Thema durchaus wahrnehme.

Sodann bittet Frau Weißenfeld um Abstimmung über die Vorlage 3302/2014-2020 unter Einbeziehung der ergänzenden Nachtragsvorlage 3302/2014-2020/1.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zu beschließen:

1. Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt den Bericht über den Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ Anlage 1 und die Berichte der Fachgruppen (Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die im Abschnitt 3 der Anlage 1 genannten Handlungsansätze aufzunehmen und den Fachausschüssen regelmäßig über die Umsetzung zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

OGS-Ferienangebote in der Stadt Bielefeld ab Schuljahr 2016/17; Finanzierungskonzept, Rahmenvorgaben und Qualitätsstandards

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3254/2014-2020

Frau Weißenfeld berichtet, dass der Schul- und Sportausschuss der Vorlage zu Punkt 1 – 3 zugestimmt habe. Eine Entscheidung zu Punkt 4 wurde verschoben.

Herr Müller stellt die Vorlage vor und ergänzt, dass sich die finanzielle Ausstattung der OGS-Ferienbetreuung aufgrund der Mittelumschichtung wie folgt darstellt bzw. darstellen wird:

2015 – 250.000 €; 2016 – 337.000 €; 2019 – 455.000 €.

Wie der Internetseite der Stadt Bielefeld zu OGS-Ferienangeboten entnommen werden könne, sei das Angebot inzwischen quantitativ ausreichend. Allerdings sei es nicht zu verhindern, dass einzelne Angebote stärker nachgefragt würden und hier nicht allen Betreuungswünschen entsprochen werden könne. Es werde aber regelmäßig geprüft, inwieweit die Angebotsstruktur entsprechend verändert werden könne.

Derzeit sind 37.000 bis 38.000 einzelne Ferienteilnahmetage gebucht.

Frau Weißenfeld dankt Herrn Müller für die Ausführungen.

Herr Rüsing bedankt sich für die Vorlage und kann die Umschichtung der Finanzmittel gut nachvollziehen. Da es auch Kinder außerhalb der OGS gebe, für die die Ferienangebote wichtig seien, gerade wenn sie nicht in Urlaub fahren könnten, sieht er der geplanten gesamtstädtischen Abstimmung der Ferienangebote erwartungsvoll entgegen.

Herr Stute fragt nach, ob die Umschichtung der Mittel ausschließlich zu Lasten der VÜM gehe, was von Herrn Müller bestätigt wird.

Frau Häckel begrüßt die finanziell bessere Ausstattung der Ferienangebote, was zu einem insgesamt guten Angebot führe.

Sodann schlägt die Vorsitzende vor, dass über die Vorlage analog der Beschlussfassung im Schul- und Sportausschuss abgestimmt wird, wogegen keine Einwände erhoben werden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1.

Der städtische Zuschuss für OGS-Ferienangebote wird folgendermaßen stufenweise erhöht:

<u>ab Schuljahr</u>	<u>städtischer Zuschuss pro teilgenommenen Ferientag je OGS-Kind</u>
2014/15	5 €
2015/16	8 €
2016/17	9 €
2017/18	10 €
2018/19	11 €

- einstimmig beschlossen -

2.

Um den gestiegenen Teilnehmerzahlen der Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf in der OGS Rechnung zu tragen und diesen Kindern gleichfalls eine qualifizierte Teilnahme an den OGS-Ferienangeboten zu ermöglichen, sollen ab dem Schuljahr 2016/17

in jedem Stadtbezirk Kontingente für Kinder mit besonderem Unterstützungsangebot vorgehalten werden.

- einstimmig beschlossen -

3.

Aufgrund des erhöhten Personalbedarfs für die Betreuung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf wird je Kind mit besonderem Unterstützungsbedarf der unter Nr. 1 festgesetzte städtische Zuschuss ab Schuljahr 2016/17 verdoppelt.

Der städtische Zuschuss wird damit wie folgt festgesetzt:

<u>ab Schuljahr</u>	<u>städtischer Zuschuss pro teilgenommenen Ferientag je OGS-Kind mit besonderem Unterstützungsbedarf</u>
2016/17	18 €
2017/18	20 €
2018/19	22 €

- einstimmig beschlossen -

4.

Die vom Bielefelder OGS-Qualitätszirkel erarbeiteten und der Vorlage als Anlage beigefügten Rahmenvorgaben und Qualitätsstandards für Ferienangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS), Stand Juni 2016, sind von Anbietern der OGS-Ferienangebote sowie der OGS-Träger ab Schuljahr 2016/17 verbindlich einzuhalten, um in das gesamtstädtische OGS-Ferienangebotsprogramm aufgenommen zu werden und eine Bezuschussung aus städtischen Mitteln erhalten zu können. OGS-Ferienangebote, die die Rahmenvorgaben und Qualitätsstandards nicht erfüllen, werden weder in das OGS-Ferienangebotsprogramm aufgenommen noch werden diese durch städtische Zuschussmittel unterstützt.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 7

Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes
„Diversität, Partizipation und Integration – Konzept für Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3236/2014-2020

Frau Grewe stellt die Vorlage anhand einer Power Point Präsentation vor.

Frau Weißenfeld bedankt sich bei Frau Grewe für den Vortrag und merkt an, dass der Vorlage im Fachbeirat für Mädchenarbeit und im Schul- und

Sportausschuss zugestimmt wurde.

Herr Langeworth führt aus, dass er die Vorlage ganz überwiegend positiv bewerte. Sie umfasse enorm viel Inhalt und die meisten Aussagen seien schlüssig. Allerdings gebe es auch Ausführungen, bei denen noch Fragen blieben. Beispielhaft nennt er die Quartiersbetreuung (Seite 62 des Konzeptes), deren Umsetzung schwierig werde, gerade wenn sie nicht mit den Bezirksvertretungen abgestimmt werde. Insofern fragt er sich, ob bei solchen Aussagen noch etwas Konkretes folge.

Frau Grewe räumt ein, dass das Konzept an einigen Stellen recht allgemein gehalten ist, es aber insgesamt eine Richtung vorgebe. Die konkrete Ausgestaltung und Weiterentwicklung von Einzelmaßnahme werde vom Kommunalen Integrationszentrum begleitet. Dabei gehe es häufig nicht darum, neue Maßnahmen zu kreieren sondern bei bestehenden Maßnahmen den Blickwinkel anzupassen.

Herr Nürnberger ergänzt, dass bei der Quartiersarbeit das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention die generelle Richtung und die Verträge mit den Trägern verhandeln werde. Da sich die Quartiersarbeit aber auf die Akteure vor Ort auswirke, wird selbstverständlich mit diesen und auch mit den Bezirksvertretungen eine Abstimmung der konkreten Arbeit erfolgen.

Frau Grewe führt aus, dass nach dem Umsetzungsbericht aus 2014 zu dem Konzept 2010 ein großer Teil der Maßnahmen und Vorgaben umgesetzt wurde. Durch den großen Handlungsdruck wurden die Ziele sogar häufig übertroffen.

Frau Puffer erläutert an dem Beispiel des Mädchentreffs Bielefeld, bei dem für die Mitarbeiter eine Quote vorgegeben wurde, dass sich in dem Bereich einiges bewege. Auf Nachfrage gibt sie an, dass derzeit die Hälfte der Mitarbeiterinnen „Persons of color“ seien.

Frau Weißenfeld bittet sodann um Abstimmung über die Vorlage.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zu beschließen:

Das weiterentwickelte Integrationskonzept „Diversität, Partizipation und Integration – Konzept für Bielefeld“ wird verabschiedet als „Querschnittskonzept“ und Grundlage der künftigen kommunalen Integrationsarbeit und -förderung als eine (gesamt-) gesellschaftliche und kommunale Aufgabe.

Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Ziele und Maßnahmenvorschläge um Chancengleichheit zu fördern und eine Anerkennungskultur zu verankern.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht Übergang Schule - Beruf / jugendliche Flüchtlinge (REGE)

Frau Hilse stellt die Ausbildungssituation junger Menschen anhand einer Power Point Präsentation dar, die dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt ist.

Die Qualität der Angebote kann als gut bezeichnet werden, bei der Quantität ist das Ziel noch nicht erreicht, befindet sich aber auf einem guten Weg. Auch das Bundesmodellprojekt Angebote im Sozialraum, in dem junge Menschen an den Beschäftigungsprozess herangeführt werden sollen, die vorher nicht erreicht werden konnten, wird gut nachgefragt.

Für 2016 könne im Prinzip sichergestellt werden, dass kein Abgänger ohne ein weiterführendes Angebot entlassen werden müsse.

Frau Weißenfeld dankt Frau Hilse für den Vortrag und merkt an, dass die Ausbildungsplatzsituation naturgemäß erst im Herbst geklärt sein könne, der Bericht aber dennoch an dieser Stelle sehr interessant sei.

Im Rahmen der folgenden Wortbeiträge führt Frau Hilse ergänzend aus, dass die Zielvorgabe unter 3.5 der Präsentation mit 20 % im Frühjahr 2015 gesetzt wurde und nach den damaligen Zahlen als hoch gegriffen galt. Denn seinerzeit konnten nur 6 % der jungen Menschen in betriebsnahe Ausbildungen vermittelt werden.

Die Teilnehmer an dem Bundesmodellprojekt Angebot im Sozialraum seien junge Menschen, die an mindestens fünf Coaching-Gesprächen teilgenommen und einen umfangreichen Fragebogen ausgefüllt haben. Angesprochen wurden weit mehr junge Menschen. Bei den 104 Teilnehmern spiegele sich der Bevölkerungsanteil wider, junge Menschen mit Migrationshintergrund seien nicht überrepräsentativ vertreten.

Sinnvoll und notwendig sei sicherlich, wenn die Schul- und Ausbildungszeiten so verlängert werden könnten, dass in diesen Zeiten auch die Sprachkenntnisse verbessert würden. Allerdings müsse hierbei neben den rechtlichen Einschränkungen auch berücksichtigt werden, dass durch die hohe Nachfrage an Berufsschulplätzen Grenzen bei der Verweildauer notwendig seien. Verlängerte duale Ausbildungen, z.B. mit fünf Jahren Laufzeit, sind zudem nicht für viele geflüchtete junge Menschen attraktiv. Häufig hätte diese bereits Studienabschlüsse und damit die Erwartung, in einem entsprechend qualifizierten Beruf tätig zu sein, was allerdings allein aufgrund von Sprachbarrieren nicht zeitnah umgesetzt werden könne. Andere hätten das Ziel, möglichst schnell in Beschäftigung mit auskömmlichem Lohn zu kommen.

Konsens besteht aber darin, dass es für die jungen Menschen mit Migrationshintergrund auf jeden Fall sinnvoll wäre, wenn ihnen eine längere Schul- und Ausbildungszeit ermöglicht würde. Denn dann könnten sie sich in ihrer regelmäßigen Tagesstruktur die notwendigen Sprachkompetenzen aneignen.

-.-.-

Zu Punkt 9

Sicherstellung einer zusätzlichen Sprachförderung geflüchteter Kinder in Kindertageseinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3379/2014-2020

Es gibt keine Anmerkungen zu der Vorlage, so dass abgestimmt werden kann.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

In den Haushaltsjahren 2016 bzw. 2017 nicht verbrauchte Projektmittel für die Organisation und Durchführung der zusätzlichen Sprachförderung für geflüchtete Kinder werden als zweckgebundene Rückstellung in die Haushaltsjahre 2017 bzw. 2018 übertragen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII; Evangelische Mennoniten Brüdergemeinde e. V. Bielefeld, Schillerstr. 89a, 33609 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3367/2014-2020

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass der Unterausschuss „Jugendhilfe“ die Anerkennung des Trägers empfohlen hat. Ohne weiteren Diskussionsbedarf wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die „Evangelische Mennoniten Brüdergemeinde e. V. Bielefeld, Schillerstr.

89a, 33609 Bielefeld“ . wird als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.

Die Anerkennung erstreckt sich auf das Gebiet der Jugendarbeit nach § 11 bzw. der Jugendverbandsarbeit nach § 12 SGB VIII.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Umbesetzung im Fachbeirat für Mädchenarbeit

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3200/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Frau Daniela Elbracht (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -) wird in den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld für den Arbeitsschwerpunkt „Öffentlicher Träger der Jugendhilfe“ berufen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächsten Sitzungen folgende Themen an:

- Weiterentwicklung in der Kindertagespflege
- Jährlicher Bericht zum Kinderschutz
- Jährlicher Bericht zur Hilfe zur Erziehung

-.-.-

Bielefeld, den 29.06.2016

Weißefeld
(Vorsitzende)

Klapper
(Schriftführerin)